

Interpellation

Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung

Der gesellschaftliche Wandel zeigt sich unter anderem auch im Wandel der Rollenvorstellung von Mann und Frau in der Familie. In über zwei Drittel der Familien mit Kindern sind auch Frauen erwerbstätig. Frauen haben in den letzten Jahrzehnten ausbildungsmässig aufgeholt. Für Väter wird es immer wichtiger, mehr Zeit mit der Familie und bei der Kinderbetreuung einzusetzen. Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit stellt eine Schlüsselstelle für die Verwirklichung der Chancengleichheit dar. Sie prägt die Lebensqualität von Müttern, Vätern und Kindern und somit der gesamten Gesellschaft entscheidend mit. Die Stadt Wil hat als eine der ersten Gemeinden die Lohncharta unterschrieben. Wir zweifelten bis anhin nicht an der Vorbildrolle der Stadt Wil. Leider ist uns bekannt, dass aktuell verschiedene Mitarbeiterinnen schlechte Erfahrungen bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen. So wurden beispielsweise Frauen nach dem Mutterschaftsurlaub vor die Wahl gestellt, entweder 100% weiterzuarbeiten oder zu kündigen. Es ist unbestritten, dass mehr Teilzeitarbeitenden in einer Dienststelle für Vorgesetzte einen grösseren Koordinationsaufwand bedeuten. Trotzdem kann man sich als fortschrittliche Stadt und Arbeitgeberin diesem Wandel nicht verschliessen. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass es sich lohnt. Insbesondere ist es aber eine volks- und betriebswirtschaftliche, unverzeihliche Verschwendung, erfahrene Berufsfrauen daran zu hindern, weiterzuarbeiten.

Nach dem Motto *„Wer will, findet Wege, wer nicht will, findet Gründe“* lassen sich in vielen Fällen tragfähige Lösungen finden, von denen Mitarbeitende und Vorgesetzte gleichermaßen profitieren können, sei es in Bezug auf Arbeitszufriedenheit und Leistungsbereitschaft, sei es in Bezug auf die Attraktivität des Arbeitgebers Stadt Wil.

Wir bitten den Stadtrat eine klare Haltung zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzunehmen und diese auch verpflichtend umzusetzen.

Der Stadtrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:



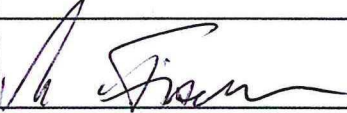
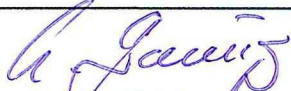


1. Der Stadtrat hält im Falle einer Mutterschaft konsequent am Stellenplan fest, was zu Vakanzen und einem grossen Know-How-Verlust führt. Nur kurzzeitige Überbelegung des Stellenplans oder Mutterschaftsvertretungen könnten das Problem lösen. Ist der Stadtrat bereit in ausserordentlichen Situationen den Stellenplan, mit einem minimalen Risiko für die Stadt, flexibler zu handhaben? **Was braucht es dazu?** Wie wird garantiert, dass der Stellenplan aktuell und marktgerecht ist?
2. Wie viele Frauen haben in den letzten fünf Jahren nach ihrem Mutterschaftsurlaub die Arbeit nicht mehr aufgenommen? Wie viele haben die Arbeit, mit wie vielen Stellenprozenten wieder aufgenommen? Wie viele Männer konnten aufgrund der Vaterschaft das Pensum reduzieren? (Umfassende Auslegeordnung der einzelnen Departemente)
3. Wird Teilzeitarbeit auch in Kaderstellen angeboten, insbesondere auf dem Hintergrund, dass auch drei Stadträte teilzeitbeschäftigt sind? Wie viele Kaderstellen sind effektiv in Teilzeit besetzt? Was unternimmt der Stadtrat dies zu ermöglichen?
4. Wie viele Kaderstellen sind im Sinne der umfassenden Chancengleichheit mit Frauen besetzt? Wie viele Beförderungen in den letzten Jahren betrafen Frauen und wie viele Männer?
5. Ist der Stadtrat bereit, weitergehende Massnahmen zu definieren um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und diese gegebenenfalls im Personalreglement festzulegen?
6. Wie werden die verschiedenen Abteilungen sensibilisiert für das Thema, um die Vereinbarkeit nachhaltig umzusetzen (Know-How und Offenheit gegenüber dem Thema)?
7. Ist der Stadtrat bereit, ein Konzept zur Karriere- und Wiedereinstiegsplanung zu erarbeiten? *(Wiedereinstiege nach längerer Abwesenheit sollten reibungsloser gestaltet werden, diese müssen frühzeitig von Arbeitgeber und Arbeitnehmenden vereinbart werden.)*

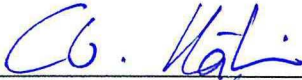

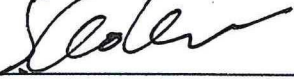

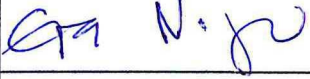


Wil, 17.05.2018

Erstunterzeichnerin: S. Jähwiler

Parlamentarischer Vorstoss: Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung

Erstunterzeichnende Person: Susanne Gähwiler

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Ammann Schläpfer Silvia, SP	
Bachmann Adrian, FDP	
Böhi Erwin, SVP	
Bosshart Roland M., CVP	
Breu Mario, FDP	
Bullakaj Arber, SP	
Büsser Benjamin, SVP	
Egli Ursula, SVP	
Etter Urs, FDP	
Fischer Michael, GRÜNE prowil	
Flückiger Marc, FDP	
Gähwiler Susanne, SP	<u>S. Gähwiler</u>
Gehrig Christoph, CVP	
Gehrig Reto, CVP	
Gerber Daniel, FDP	
Grämiger Christa, CVP	
Hasler Christine, CVP	
Häusermann Erika, glp	
Hinder Thomas, SVP	
Hürsch Christoph, CVP	

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Kälin Christof, SP	
Kauf Luc, GRÜNE prowil	
Koller Sebastian, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen	
Lerch Patrik, SVP	
Luginbühl Dora, SP	
Malgaroli Marcel, FDP	
Moser Hans, CVP	
Noger Eva, GRÜNE prowil	
Rutz Roman, EVP	
Sarbach Michael, GRÜNE prowil	
Schär Ruedi, CVP	
Scherrer Louis, SVP	
Schweizer Erwin, CVP	
Schweizer Jannik, Jungfreisinnige	
Senti Andreas, SVP	
Shitsang Jigme, FDP	
Stieger Pascal, SVP	
Trüb Nathanael, SVP	
Wick Guido, GRÜNE prowil	
Zahner Mark, SP	